Beschlussvorlage der Verwaltung
Nachtragsvorlage

Diese Vorlage

- ersetzt die Ursprungsvorlage.
 ergänzt die Ursprungsvorlage.

Gremium	Sitzung am	Beratung
Stadtentwicklungsausschuss	17.09.2019	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Haushaltsplan mit Stellenplan 2020 / 2021 des Amtes für Verkehr

Betroffene Produktgruppe

11.12.01 – Öffentliche Verkehrsflächen
11.12.04 – ÖPNV

Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan

- Zusätzlicher Personalaufwand für Stellen im Team Straßen- und Gleisbau in 2020 bis 2022
- Refinanzierung des Personalaufwandes durch Einnahmeerhöhung bei Parkgebühren von 60.000 € für 2020 und 180.000 € für 2021
- Mehraufwand von 87.300 € jährlich für den Fahrdienst „Rütli“ (Umschichtung des Ansatzes vom Sozialamt)
- Mehraufwand durch die Erhöhung der Entwässerungsgebühr
- Mehrerträge aus Kostenerstattung der BBVG

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Zu Mehraufwand Fahrdienst Rütli: SGA 10.09.19, StEA 17.09.19, Drucksachen-Nr. 9009/2014-2020

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt den Haushaltsplan mit Stellenplan 2020/21 (Drucksachen-Nr. 8832/2014-2020) mit den folgenden Änderungen dieser Vorlage zu beschließen:

1. Einrichtung einer 1,0-Mehrstelle 660 32 470kw für die Bauleitung des Projekts Stadtbahnlinie 4 im Stellenplan 2020
2. Refinanzierung der Mehrstelle und der Stellen 660 32 430kw und 660 32 440kw durch höhere Erträge aus Parkgebühren von 60.000 € in 2020, 180.000 € in 2021 und 60.000 € in 2022 und

3. Erhöhung der Aufwendungen für den Fahrdienst „Rütli“ in Höhe von 87.300 € im Budget des Amtes für Verkehr (bei gleichzeitiger Reduzierung der Haushaltsmittel des Sozialamtes)
4. Erhöhung der Aufwendungen für die Regenwasserbeseitigung des Straßennetzes in Höhe von 666.742 €
5. Erhöhung der Erträge aus Kostenerstattung der BBVG um 8.477 €

Begründung:

Zu 1) Mehrstelle

1,0 Stelle Sachbearbeiter/in Bauleitung Projekt Stadtbahnlinie 4 (Stellennummer 660 32 470kw, EG 12 TVöD-V)

Die BBVG ist von der Gesellschafterversammlung im Juni 2019 beauftragt worden, die Umsetzung der Stadtbahnverlängerung der Linie 4 unverzüglich einzuleiten. Die Gesamtbauphase wird auf 2 Jahre veranschlagt und wird sich bis Ende 2022 erstrecken. Zur Begleitung des Gesamtprojektes ist umgehend zusätzlich eine Projektleitungsstelle erforderlich. Diese hat die derzeitigen Planungsvorbereitungen, die Planungsphase, die Vergabephase und die abschließende anspruchsvolle Bauphase zu koordinieren und zu begleiten. Das Gesamtprojekt wird sich bis Ende 2022 erstrecken. Mit dem derzeitigen Personalbestand kann diese Aufgabe nicht termingerecht erfüllt werden.

Zu 2) Refinanzierung

Für den Zeitraum 2020-2022 ist für den zusätzlichen Personalaufwand der Mehrstelle 660 32 470kw eine Refinanzierung i. H. v. 60.000 €/a erforderlich.

Zum Stellenplan 2019 wurden für größere Straßen- und Gleisbaumaßnahmen 2,0 Ingenieur-Stellen (660 32 330kw und 340kw) eingerichtet (Ziffern 189 und 190 der Veränderungsliste). Das Bauvolumen bleibt auch in den nächsten Jahren unverändert groß, so dass die beiden Stellen zumindest auch im Haushaltsjahr 2021 erforderlich sind. Für den Personalaufwand i. H. v. 120.000 € ist ebenfalls eine Refinanzierung erforderlich.

Erkenntnisse aus dem Jahresabschluss lassen vermuten, dass zumindest im Bedarfszeitraum 2020-2022 eine Deckung des zusätzlichen Personalaufwandes durch Einnahmen aus Parkgebühren (SK 43210000) möglich ist (Ansatz 1,65 Mio. €, Jahresergebnis 2018: 1,93 Mio.€).

Zu 3) Fahrdienst Rütli

Der Fahrdienst „Rütli“ wird von mobiel bereitgestellt. Die Kosten für diesen anlassbezogenen Zusatzverkehr sind bislang mit dem Sozialamt abgerechnet worden. Im Haushalt des Sozialamtes stehen dafür 87.300 € bereit - Sachkonto 52910000, PSP 11.05.03.04.0002.02 (Hilfen für Flüchtlinge). Die Abrechnung soll künftig mit dem Amt für Verkehr erfolgen. Der Ansatz von 87.300 € wird daher ab 2020ff haushaltsneutral in das Amt für Verkehr verschoben zu SK 52910000, PSP 11.12.04.02 (ÖPNV).

Zu 4) Aufwendungen für Regenwasserbeseitigung des Straßennetzes

Der Umweltbetrieb beabsichtigt die Gebühr für die Regenwasserbeseitigung um 0,06 € je m² angeschlossener Fläche zum 01.01.2020 zu erhöhen. Daraus ergibt sich ein Erhöhungsbetrag von 666.742 € für die kanalentwässerte Fläche des Bielefelder Straßennetzes.

Es handelt sich um eine pflichtige Leistung, für die keine Kompensationsmöglichkeit im Haushalt des Amtes für Verkehr und des Dezernates 4 besteht.

Zu 5) Kostenerstattung der BBVG

Die Erträge aus der Kostenerstattung von der BBVG für den Dienstleistungsaufwand bei der Unterhaltung der bestehenden Stadtbahnanlagen steigen um 8.477 €.

Oberbürgermeister/Beigeordnete(r)

Moss